

Neue Tischler-Zeitung

Zeitung nach dem Gesetz
für die Tischlergewerbe
abgestellt.
Abonnementpreis
1.— pro Quartal.
zu bezahlen durch
alle Buchhandlungen
und Postanstalten.
Post-Nr. 428.

Inserate
für die Tischlergewerbe
abgestellt.
ab dem 1. Jan. 1890,
für Vereine und
Gesellschaften 15.—, und für
Stellenanzeigungen 10.— pro Zeile.
Beilagen
nach Vereinbarung.

Zeitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes

Publikationsorgan des Deutschen Tischlerverbandes und sämtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgezüchten, des Verbandes deutscher Korbmacher, sowie des Zentral-Kraulen- und Sterbe-Kasse der Tischler etc. und der Zentral-Kraulen- und Sterbe-(Tischler-)Kasse aller Arbeiter Deutschlands.

Herausgeber: W. Gramm; verantwortlich für die Redaktion: Rich. Müller; verantwortlich für die Expedition: M. Möste; sämlich in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg, Eimsbüttel, Biennmarschstraße.

Die internationale Arbeiterschutz-Konferenz
in Berlin — eine Komödie,
das ist die neueste Überraschung, welche
Fürst Bismarck den vielen hinzugesetzt, die er seit
Monaten der Welt bereitete.

Die mit so viel Elat arrangierte erste internationale Arbeiterschutz-Konferenz, dieses in seiner Art bis heute einzige dastehende Ereignis, das vom ersten Augenblick an seiner Ankündigung durch den deutschen Kaiser bei allen Nationen das lebhafte Interesse aller sich um das öffentliche Leben irgendwie kümmernenden erweckt, auf das Millionen ihre Hoffnungen gesetzt, daß es der Ausgangspunkt einer wirklichen Verbesserung ihrer elenden sozialen Daseinsbedingungen bilben werde, dieses kultur-historisch wichtige Ereignis — eine Komödie! Dieser Gedanke ist ja ungeheuerlich, klingt so unglaublich, daß er unmöglich wahr sein kann.

Und so ist es auch. Fürst Bismarck wollte zur die internationale Arbeiterschutz-Konferenz zu einer Komödie machen. Dagegen kann man wohl nicht sagen, daß sie auch eine solche gewesen sei, denn Diejenigen, welche an der Konferenz teilgenommen, werden dieselbe ernst genommen haben, weil sie keine Ahnung hatten, daß sie nur eine Komödie aufführen sollten, wie es Bismarck seinerzeit allen Ernstes geplant und erwartet hatte.

Auch das Klingt noch so unglaublich, daß wohl auf dem ganzen Erdkugel seinem Menschen ein verärgerter Gedanke gekommen sein würde, hätte nicht der Ex-Kanzler und nationalliberale Dreierklubgott es der staunenden Welt selbst verraten, daß er in Bezug auf die internationale Arbeiterschutz-Konferenz den Kaiser, das deutsche Volk, die ganze Welt getäuscht hat. Er arrangierte diese Konferenz angeblich, um damit eine arbeiterfreundliche Sozialpolitik zu fördern, in Wirklichkeit aber, um eine solche zu verhindern. Wir sagen es nochmals: kaum glaublich — aber wahr, wie die nachfolgenden Ausführungen, die Bismarck gegen einen national-liberalen Frankfurter Journalisten kürzlich gehalten beweisen.

Es war von den auch von uns seinerzeit mitgeteilten kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar die Rede und da ließ Fürst Bismarck sich also darüber aus:

„... Die Erlasse waren seit langem eine Lieblingssache des Kaisers. Hinkpeter, Douglas und Andere — kurz solche, die nicht im Dienste waren — haben mit St. Majestät darüber Berathungen gehalten. Der Kaiser versprach sich von den Erlassen Erfolg bei den Wahlen. Mir wurde eine Redaktion gezeigt, die weitgehender war, als diejenige, welche erschienen ist. Ich war prinzipiell gegen die Erlasse; sollten sie aber durchaus erscheinen — der Kaiser bestand darauf —, so wollte ich wenigstens meine Redaktion durchsetzen, damit die Erlasse gemildert würden. Ich übernahm deshalb die Redaktion und schrieb die Erlasse in der jetzigen Form nieder — als Diener des Kaisers. Die Redaktion röhrt also von mir her. Ich habe keinen Kollegen zugezogen. Ich fügte noch die internationale Konferenz ein; ich dachte, sie sollte gleichsam ein Sieb sein, eine gewisse Hemmung des humanen, arbeiterfreundlichen Elans unseres Herrn. Ich glaubte, diese Konferenz würde sich gegen abzu groÙe Begehrlichkeit der Arbeiter aussprechen, gleichsam Wasser in den Wein gießen. Aber selbst diese geringen Erwartungen sind enttäuscht worden. Die Ergebnisse der Konferenz sind gleich Null. Es hatte keiner den Blut, zu widersprechen, auf die Gefahren aufmerksam zu machen. Die ganze Konferenz ist eine einzige Phraselogie; nicht eine Frage hat sie praktisch gelöst. Neuerdings ist Illusion, den

Arbeiterschutz international machen zu wollen. Jeder Staat sieht doch schließlich für die Interessen seiner Industrie ... Ich glaubte übrigens damals immer noch, daß der Staatsrat die Erlasse nicht billigen würde. Da aber auch der Staatsrat zustimmte, gingen sie durch — ohne mein Votum, ohne meine Gegenzzeichnung. —“

Soweit Bismarck.

Interessant ist zunächst an dieser seiner neuesten Kundgebung, daraus zu erfahren, daß auch der Wortlaut der Kaiserlichen Erlasse von ihm stammt, was vor dem wohl Niemand geahnt hatte, und wird durch diese Bismarck'sche Indiskretion manchem loyalen Reichsbürger der schöne Wahnschöpfung werden sein, die Erlasse wären des Kaisers ureigenstes Werk gewesen.

Dieser Wahns war auch nur zu natürlich. Waren wir auch selbst nicht mit davon befallen, so dachten wir doch damals auch nicht entfernt daran, daß Bismarck seine Hand dabei mit im Spiele gehabt habe.

Wer hätte auch auf diesen Gedanken kommen sollen? Wußte doch die ganze Welt, wie der ehemalige Kanzler über eine wirkliche arbeiterfreundliche Sozialpolitik dachte; hatte er doch bis in die letzte Zeit vor den Erlassen kaum eine Gelegenheit vorübergehen lassen, seine einem jeden wirklichen Arbeiterschutz feindliche Gesinnung zum Ausdruck zu bringen! Und — was die Hauptfahre — hätte die Welt gewußt, daß die Redaktion der kaiserlichen Erlasse von Bismarck stammte, hätte er sie auch mit unterzeichnet, es hätte doch kein Mensch auch nur entfernt gedacht,

man habe es hier mit einem auf Läufschung berechneten diplomatischen Kniff Bismarck's zu thun. Mit einem Kniff, bestimmt, sogar den Kaiser zu täuschen, dessen „getreuer Diener“ zu sein sich der „große Staatsmann“ unzählige Male selbst gerühmt hatte. Möchte er auch noch so oft der Welt Beweise geliefert haben, daß ihm das Talleyrandische Wort nicht unbekannt war, wonach die menschliche Sprache nicht dazu da sei, die Gedanken auszudrücken, sondern sie zu verborgen, so hätte es noch Niemand für möglich gehalten,

dass der „Heros des neunzehnten Jahrhunderts“,

der verkörperte Inbegriff aller menschlichen und staatsbürglerlichen Tugenden, nicht nur das Gegen-

teil von dem sagt, was er denkt, sondern das

scheinbare Gegenteil von dem thut, was er

erreichen will. Ein Mann, wie Bismarck, der

den Blut hatte, die Kriege von 1864, 1866 und

1870/71 herbeizuführen, der durch Ausnahme-

gesetz Millionen Bürger seines Landes politisch

rechtslos mache, mit kaltem Blute Tausenden

die Existenz, das Leben Glück vernichtet, sie in's

Gefängnis warf und im Lande herumhängt —

nutzt weil sie eine andere Gesinnung als er hatten,

seine Politik missbilligten — ein solcher Mann

konnte nicht für fähig gehalten werden, zur Erreichung seiner Zwecke solche trümmre Wege zu

wandeln, wie er es in Bezug auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung, resp. die kaiserlichen Erlasse

und die internationale Arbeiterschutz-Konferenz gehan-

te.

Oder ist das etwa ein gerader Weg, wenn er „zur Hemmung des humanen arbeiterfreundlichen Elans“ des Kaisers, dieven in einem Erlaß an ihn (den Kanzler Bismarck) lagen läßt:

„Die in der internationalen Konferenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abschwächen, und dabei der Überzeugung ist, daß es

überhaupt eine Illusion ist, den Ar-

beiter schutz international machen zu

wollen.“

„... jeder Staat sieht doch schließlich für

die Interessen seiner Industrie.“ Und in dem kaiserlichen Erlaß an sich schrieb er, er sei

„... der Überzeugung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche beeindruckt sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen.“

In seinem neuesten „Interview“, das Bismarck mit einem Redakteur eines reibungsbedürftigen Dresdener Blattes hatte, erklärte er, seine jüngsten Kundgebungen hätten nur den Zweck, zu verhindern, daß er von der Nachwelt falsch beurteilt werde. Diesen Zweck konnte er nicht besser erreichen, als durch seine obigen Auflösungen über die Ursachen des Zustandekommens der internationale Arbeiterschutzkonferenz. Wenn diese keine bloße Komödie gewesen, so ist das nicht Bismarck's Schuld; er wollte sie aber zu einer solchen machen. Und so wenig positiven Ruhm diese Konferenz auch den Arbeitern gebracht haben mag, ganz umsonst kann sie nicht gewesen sein, das beweist der Groß, den Bismarck auf dieselbe hat. Er glaubte, „diese Konferenz würde sich gegen allzu große Begehrlichkeit der Arbeiter aussprechen, gleichsam Wasser in den Wein gießen. Aber selbst diese geringen Erwartungen sind enttäuscht worden: Die Ergebnisse der Konferenz sind gleich Null.“

Die Beleidigung der Bevölkerung und Sachverständigen erfolgt nur, wenn das Gericht die Beleidigung zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage für notwendig erachtet oder wenn eine Partei dielebe beantragt. Die Bestimmungen, nach welchen die Beleidigung in gewissen Fällen ungültig ist (Civilprozeßordnung § 338), bleiben unberührt.

§ 44. Ob die Leistung eines zugeschobenen oder zurückgeworfenen Eides durch bedingtes Urteil oder durch Beweisbeischluß anzuerufen sei, bestimmt das Gericht nach freiem Erlassen.

§ 45. Erscheint der Schwurrichtige in dem zur Leistung eines Eides bestimmten Termine nicht, so ist der Eid ohne Weiteres als verweigert anzusehen. Dem Verfahren ist Fortgang zu geben.

Der Schwurrichtige kann binnen einer Stunde von drei Tagen nach dem Termine nicht zur nachträglichen Leistung des Eides erblieben. Auf ein inzwischen ergangenes Urteil haben die Bestimmungen des § 44 der Civilprozeßordnung entsprechende Anwendung. Ein solches Urteil ist, wenn der Eid nachträglich geleistet wird, insofern aufzuheben, als es auf der Annahme des Eidesverweigerung beruht.

Erscheint der Schwurrichtige auch in dem zur nachträglichen Eideleistung bestimmten Termine nicht, so findet ein nochmaliges Erblieben zur Eideleistung nicht statt.

§ 47. Über die Verhandlung vor dem Gewerbege richt ist ein Protokoll einzuhalten. Dasselbe ist vom Vorsitzenden und dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben.

§ 48. Das Urteil ist in dem Termine, in welchem die Verhandlung geschlossen wird, zu verlesen. Ist dies nicht ausführbar, so erfolgt die Verkündung in einem sofort anzuveranstellenden Termine, welcher nicht über drei Tage hinaus anberauft werden soll.

Die Wirksamkeit der Verkündung des Urteils ist von der Klarheit der Parteien und der Bevölkerung abhängig.

§ 49. Aus dem Urteil müssen erichlich sein:

1. die Mitglieder des Gerichts, welche bei der Entscheidung mitgewirkt haben,

2. die Parteien,

3. das Sach- und Streitverhältnis in gedrängter Darstellung nebst den wesentlichen Entscheidungsgründen,

4. der Spruch des Gerichts in der Hauptfahre und in Bezug der Kosten. Der Betrag der letzten soll, soweit er sofort zu ermitteln ist, im Urteil festgesetzt werden.

Das Urteil ist von dem Vorsitzenden zu unterschreiben.

§ 50. Ein über den Grund des Antrages vorab entschiedenes Zwischenurteil ist in Bezug des Rechtsmittel nicht als Endurteil anzusehen.

§ 51. Erfolgt die Beurteilung auf Vornahme einer Handlung, so ist der Beklagte zugleich auf Antrag des Klägers für den Fall, daß die Handlung nicht binnen einer zu bestimmenden Frist vorgenommen ist, zur Zahlung einer nach dem Erreichen des Gerichts festzulegenden Entschädigung zu verurteilen.

Da diesem Falle ist die Zwangs vollstreckung in Gewalttheit des §§ 773, 774 der Civilprozeßordnung ausgeschlossen.

§ 52. Die Verwirklichung der unterliegenden Partei, die Kosten des Rechtsstreits zu tragen, erstreckt sich auf die Erfüllung der dem Gegner durch die Zuziehung

Die Befreiung der Arbeitnehmer aus den sozialen Zwängen und die Befreiung der Arbeitgeber aus gesetzlichen Verpflichtungen sind zwei verschiedene und voneinander getrennte Erscheinen. Nur die Befreiung der Arbeitnehmer aus sozialen Zwängen ist das Fundament einer gerechten Wirtschaft. Durch die Befreiung der Arbeitgeber um eine geistige Hoffnung trüger und falscher eine Verfehlung nicht gemacht. Die letzte Bewegung habe übersehen gezeigt, daß ein großer Teil der gleichen Arbeitnehmer noch nicht reif für eine Sozialbewegung sei. Die früheren Versammlungen wären bloß aus persönlicher Egoismus so hässlich verlaufen worden, dies beweise die heutige Versammlung. Erfolgsversicherung sei der größte Fehler. Alles bis jetzt erreichte sei bei modernen Arbeiterbewegungen zu verdanken. Den Willkürn der Kollegen müsse ein Heberzeugung beigebracht werden, um eine Sozialbewegung erfolgreich durchzuführen. Die sich bildenden Arbeitgeber-Koalitionen müssen und anstreben, geschlossen zusammen. Stolze Preis erhielt Bericht über den Stand der Wasser- und Stromsteuer. - Geschente und Zinsen der angelegten Gelder betrifft sich die Annahme auf M. 2601.73, nach Abzug der Ausgaben bleibt Kassenbestand M. 2410.14. Jordan erhielt Bericht über den Verschluß der staatlichen Großhöfen. Durch Verlust, Neubränden je eines Exemplars an sämtliche Arbeitgeber und einige Redaktionen wurden unverhofft 2100 Stück Trug-

3000 Exemplare. Durch den Lieberkampf wurden Kosten der Lohnbewegung gebrochen, in Wora stand vorhanden A. S. T. Jordan bedauert, daß die Statistik, welche so mühsam aufzustellen gewesen sei, nicht mehr Anerkennung gefunden habe. Von den in der Delegiertenversammlung am 24. Juni gewählten Delegierten erwidert Kollege Körner, Alles in voller Ordnung befinden zu haben. Schmidt macht drei Vorschläge: 1. Fortbestehen der Lohnkommission. 2. Beibehaltung der Extrosteuer. 3. Erhöhung der Kommission, in eine Bewegung zur Verbesserung der Arbeitseigelt zu treten, wenn ihr durch Verhandlung mit den Kollegen die Geschäftslage eine dazu günstige scheine. Es erfolgt einstimmige Annahme der drei Vorschläge. Neben Punkt 2 der Logetordnung, "Der Stand der Lohnbewegungen im Allgemeinen", referiert Jordan in längter Rede. Er verweist auf die Streiks in unserem Gewerbe in den verschiedenen Städten. Dass der Zimmererstand verloren gegangen sei, was auf uns und andere Gewerbe eine so deprimierende Wirkung gehabt habe, daran trage die Hauptheil, dass die Führung eine gespaltene war und den Zimmerleuten, als jungen Organisation, die nötigste Ausführungsfähigkeit, sie in absonderen eigentlichen Charakter der heutigen Lohnkämpfe nicht ergriffen hatten.

begrißen halten. Weiter wurden die Unternehmerverbände einer heissen Kritik unterzogen. Als brasilische Beispiele plante Borkommissione in den Gruson'schen Werken in Buckau bei Magdeburg und den als Vollvertreter bezeichneten König Stamm. Auf die Hamburger Verhältnisse vorwiegend, wurde aufgesondert. Alles daran zu sezen, daß das dortige Progrentham nicht triumphire. Rästner legt den Werth der Organisation klar und macht es jedem zur Ehrenpflicht, dem Volksverein beizutreten. Dachsel stellt den Antrag: "Die Borkommission zu ermächtigen, in unvorhergesehenen Fällen über einen Theil des geplanten Geldes zu verfügen." In der Begründung wurde ausgeführt, daß die Unternehmersklasse uns jetzt die Lohnkämpfe unmöglich zu machen suche. Wenn auch Herr Kaiser, wie aus seinen Erlassen zu schließen, den bestreita Willen habe, den Arbeitern zu helfen, die Arbeitgeberverbände möchten Alles majorisch. Hier heißt es, läßt auf den Plan rücken. Sodann geht Redner auf die Klassenkämpfe im Norden und deren weittragende Bedeutung näher ein, dabei die Täuschung der Kapitalisten, und die straflose Verkümmierung des Koalitionsdienstes der Arbeiter durch Arbeitgeberverbände kritisieren, bei Dachsel, seinem Antrag anzunehmen, was einstimmig schließt. Göschel sagt, die heutigen Kämpfe sind der Vorläufe der geplanten Niederschmetterung der Fachvereine, hier müssen alle Gewerbe als ein festes Ganzes zusammenfießen. Die hiesigen Kümmerleute hätten klüger, anstatt sich zu plären, ihre schwer kämpfenden Hamburger Kollegen zu unterstützen.

Langenöls i. Thür. Am 22. Juni stand hier eine

Um letzteren Handlungsweg die
zog er es bieten gewissregelten
will, in der Stadt entwertigt.
Die selben waren daher gezwungen,
Die Sperrt, die wir über die
ten, wurde unter solchen Verhält-
nissen auf unserem Widersetz liegen.
Statt unserer Lage zu verbessern,
schlechtert; die Allordpreise werden
und die Kollegen lassen es sich auch
da die meisten verheirathet sind.

entschuldigen zu können, aufmerksam gemacht, daß, da sie
ihren Druck der politisch-sittlichen Verhältnisse am schwersten
fühlen, sie auch am meisten Ursache haben, eine Wende-
rung herbeizuführen zu hoffen durch Agieren für die Ver-
einigung. Die jetzt in Dresden in der Zillgitteri vor-
handene Arbeitslosigkeit sollte den Leuten ein guter
Lehrer sein.

Bernifles.

Die „Hamburger Tischler-Zunft“ besitzt bekanntlich für ihre ausgezeichneten Leistungen in der „Hebung des Handwerks“ (das sie nicht bloß auf den Stand des 14. Jahrhunderts, sondern noch viel weiter bringen will und bis auf den Hund schon held gehoben hat) neben dem Privileg der alleinigen Lehrlingsausbildung auch das, sich von anderen ihr ganz fernstehenden Deutern einen Theil der Zunftgössen bezahlen zu lassen. Bei Ausübung dieses letzteren Rechtes scheint die Zunftmeister noch dem Grundsatz zu verfahren: „Geld reicht nicht“, oder eine Geschäftsschließung von ganz merkwürdigster Sorgfalt zu haben, indem sie einem Mann, der zwar früher einmal einige Zeit als selbstständiger Tischler arbeitete, seit 1 Jahren aber in Einrichung als Briefträger angestellt ist, auch eine Aufforderung zur Zahlung von Ans Werk an die Zunftklasse zugehen ließ. Falls die Zunft in Belegenheit darum ist, können wir ihr auch noch Einige nennen, die früher mal Tischler waren.

das wahren gehört. Sie berichtet aus Hamburg folgendes:

... und jüngste Vereine haben die Kollegen zu und Geld, ihre eigenen Interessen treten sie aber zugunsten mit Füßen. Bei den Kleinmeistern sieht es überall in Deutschland: schlechter Lohn, lange Arbeitszeit und prozige Behandlung. Dieses sind so die Verhältnisse in Helmstedt. Da können sich die Kollegen auslands schon denken, daß wir einen schweren Kampf haben, bis sämtliche Lebendige beseitigt sind. Tüchtigen Kräften fehlt es uns hier auch, jollten ehrliche tüchtige Verbandsmitglieder Lust haben, nach Helmstedt zu kommen, wir würden sie mit Freuden befreien. Den helmstedter Kollegen rufen wir noch zu: Acht auf aus dem Neuen Schlaf der Gleichgültigkeit, bei Männer, wie es die heutige Zeit verlangt, dann suchen wir uns keine moralischen Fußtritte mehr zu lassen, dann sind wir die Herren der Situation.

Guben. Der hiesige Tischlerstreik ist als bedeutendes. Groß sind unsres Errungenchaften nicht, sie stehen hauptsächlich in der Verkürzung der Arbeitszeit, ja aber eigentlich der Hauptfaktor bei Erzielung günstigerer und Lohnverhältnisse ist. Es sind ja noch keine Werkstätten, welche die verkürzte Arbeitszeit noch eingeführt haben, doch mit diesen hoffen wir auch fertig zu werden. Was für eine Opferwilligkeit den Kollegen besteht, bewies eine freiwillige Sammlung, bei welcher kein Kollege unter 50 ♂ zeichnete, trotz geringsten Verdienstes, den wie hier haben. Leider haben auch die Bekanntheit eines Streitbrechers machen können. Es ist dies der Tischler G. Pötzig aus Göhren, betreten zu Fürstenwalde, welcher sich bei einem hiesigen Meister anbot, nur für's Rostgeld zu arbeiten. haben genannten Pötzig deshalb aus dem Verband ausgeschlossen, denn wenn ein Mensch so wenig Ehre Solidaritätsgefühl besitzt, wo er wusste, daß wir im Streik stehn, und sich für einen solchen Lohn setzt, so wird es auch gerechtfertigt erscheinen, daß denselben ausgeschlossen haben. Wenn wir auch das Jahr keinen großen Sieg zu verzeichnen haben, müssen wir doch, später noch zu erreichen, was wir jetzt nicht erreichen konnten. Zu bemerkern ist noch, ich unsere Herberge wieder bei A. Kühn, Neustadt 21, der.

C. Ch. die „Influenza“ Gelegenheit erhalten, ihre finanzielle Leistungsfähigkeit auf's Glänzende zu beweisen. Die Zahl der „Influenza“-Kranken betrug nach der jetzt erschienenen Abrechnung im 1. Quartal d. J. 7218 mit 85532 Krankheitstagen, für die M. 177879,68 Krankengeld gezahlt wurde. Hierdurch kam es, daß die auch unter normalen Verhältnissen im 1. Quartal die Einnahmen stets übersteigenden Ausgaben in diesem Jahre so anwuchsen, daß sich im 1. Vierteljahr ein Defizit M. 245406,64 ergab, indem den M. 445328,01 Einnahme eine Ausgabe von M. 690734,65 gegenüber stand, wodurch der zinstragend angelegte Reservestonds der Kasse von M. 828426,42 auf M. 603426,42 herabdrückt wurde. Diese gewaltige Kassleistung hat aber die Kasse so wenig erschüttert, daß sich weder Extrabeiträge, wie bei so vielen anderen Kassen, nothwendig gemacht haben, noch daran gedacht wird, bei der nächsten Generalversammlung irgend welche Maßregeln zur Ausgleichung des obigen Defizits zu beantragen.

Sächsisches. Die Wahlstelle des Deutschen Tischler-Verbandes zu Löbau wollte für ihre Mitglieder einen Fach-Zeichenkurs einrichten, was ihr jedoch von der dortigen Polizeibehörde mit der Motivierung verboten wurde, es sei das „eine Einmischung in die Erziehung der Jugend und in den Schulunterricht“. Kommentare wollen wir hierzu nicht machen, weil sie über-

ruß.

Die Localverwaltung

Dr. L. Otto Pahig.
B. Zugang ist immer noch fernzuhalten.
Dresden. In einer am 13. Juli in Sieg's Sälen abgehaltenen öffentlichen Tischlervergathung rite Kollege Th. Bloede aus Berlin über die ände der Unternehmer und die Organisation der Arbeiter. Einleitend schildert Redner die früheren ge- lichen Organisationen, welche im Gegensatz zu hente gesammtinteressen des Handwerks vertreten, die aber, man es nicht verstanden hatte, sie zeitgemäß umzu- tun, durch die wirtschaftliche Entwicklung be- unglos wurden. Die neue Produktionsweise machte Zustand jedoch für die Arbeiter unerträglich. Die Erhöhung des Realitionsrechtes durch die Gesetzgebung nothwendig, und mit dieser war für die Arbeiter Möglichkeit gegeben, sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammenzuschließen. Die Hirsch-Dunkerischen Werkvereine, welche eine Harmonie zwischen Kapital Arbeit für möglich halten und eine Nachahmung englischen Gewerkschaften darstellen sollen, in Wirk- tät jedoch nichts weiter als eine Art Sparflossen zu hichten sind, sind für uns zu verwischen. Unsere Or- ganisation muß die der Fachvereinigungen sein, in welcher diejenige der ökonomischen Entwicklung gelehrt werden, wiederum die Erkenntnis vom Gegensatz der Interessen zwischen Kapital und Arbeit bringt. Die Ge- wobenbewegung in dieser Weise geleistet, sollte vor- in München zu ihrem "Tag" versammelt, wobei folgende Resolution zur Annahme gelangte: 1. Der Aerzteitag berom neuerdings die großen Gefahren (für wen?), welche die Krankenkassen-Gesetzgebung, uamentlich durch die bevorstehende Ausdehnung auf die Familienversicherung, in sich birgt, falls nicht ein befriedigendes Einvernehmen zwischen den Kassenvorständen und der Aerztevertretung eintritt. Er verkennt nicht, daß auf dem leideten Wege an manchen Orten ein beiderseits zufriedenstellendes Ver- hältniß entstanden ist, während anderwo die bisherige Entwicklung der Krankenkassen-Gesetzgebung vielfach zu den erheblichsten moralischen (?) und materiellen Schädi- gung des Aerztestandes geführt hat. 2. Ein unumgäng- liches Mittel zur Abwehr dieser Gefahr ist die Ueber- tragung der Disziplinargewalt an staatlich anerkannte Aerztekammern (Aerztekammern ic.) durch ein Reichs- oder Landesgesetz. 3. Ein weiteres Verbesserungsmittel ist, daß ein Vertreter der Aerzte offiziell dem Kassenvorstande mindestens als berathendes Mitglied mit Stimmberechtigung in ärztlichen und hygienischen Fragen angehöre. 4. So lange ein generelles Kurbsichtscreibevor nicht aus- geworchen, ist die Einführung in das Krankenkassengesetz, daß Kurbsichter nicht zue Behandlung der Krankenkassen zugelassen sind, eine dringende, selbsterklärende Forde- rung.
Wir glauben's gern, daß die Krankenkassen für manche

zuverfügung, in dieser Weise genutzt, sollte von
mann unterstützt werden, denn die politischen Ver-
trete bauen sich erst auf die ökonomischen auf; sie ist
lückrat der Arbeiterbewegung. Die Forderungen
erfolge in der Gesetzgebung sind hauptsächlich auf
vorhandensein der Gewerkschaftsbewegung gegründet.
er hat, wenn sie keine Erfolge erzielte, doch ver-
tzt, daß die Lebenshaltung des Arbeiters noch tiefer
gedrückt worden ist. Dass die Vage des Arbeiters
ießer sein kann, beweisen die Zustände in Italien,
China usw. Wedder bepricht den Werth der Er-
ziehung eingehend, sowohl in Bezug auf Verall-
terung der Bildung wie auch der Hygiene, er-
hob das Emporblühnen der Arbeiterbewegung in den
Jahren und wie nun bei der jetzt hereinbrechenden
das Unternehmertum die kräftig blühende Arbeiter-
bewegung zu vernichten sucht, wie der Kampf zum
Kampf geworden, wie durch die Verbände der
Arbeiter, die Klassenbewussten Arbeiter in Massen
verfallen, von Haus zu Haus von Ort zu
Orttrieben werden, durch Bettelserklärungen, gegen
zu zuschreiten, kein Staatsanwalt sich findet, mürbe
zu werden sollen; die Arbeiter jedoch bei den ge-
gen Anlässen die ganze Energie des Neuen zu

einige
Bran-
dach
word-
erklä-
Arbeit-
Herr-
bis
austre-
dieser
ist bei
wenn
gehör-
den S
ferner
treffen
Re-
Situat

belohnen. Nebner gibt Beispiele bekannt, bei Besprechung von dem in Sachsen in den Arbeiterversammlungen den Ober vorzüglich führenden Polizei, in ihm das Wort nach einstündigem Vortrage entwurde. Reicher Beifall lohnte den Reiterenten e gemachten Ausführungen. In der folgenden sion wurde kräftig für die gewerkschaftliche Vertrag gesprochen. Besorgniß, daß die Arbeiter da in "Gewerkschaftskompetenz" versessen könnten, abgeklidet erklärt, denn das Vorgehen des Poli in der Versammlung müßte jedem wieder als für eine nothwendige, die freie Bewegung der nicht hindernde Umgestaltung der Gesetze dienen er wurde jedoch der im Vergleich zur großen er hier beschäftigten Kollegen schwache Beifall der ammlung und besonders die verheiratheten Leute, meinen, mit Rücksicht auf die Familie, das Fern- son hier beobachtet.

ausricht, die Webstühle ganz einzuladen und die gesamte
Kasse zu räumen. Die Hamburger Künste und Kultur-
und die Nachbarstädte werden nun eben eben nicht mehr
zulassen. Nur die gedachte Roth der betreffenden Städte kann
diese zwingen, sich der Brutalität der Unternehmer zu
unterwerfen. Kollegen! Sorgt mit dafür, daß eine solche
Roth nicht eintritt, indem Ihr Unterstüzung leistet. Vor
Allem aber sorgt für Fernhaltung des Bürgers, meint
er und dem benachbarten Weesbach.

Sollten irgendwann keine

Sollten gegenwo. keine Sammellisten mehr vorhanden
sein, bitte ich, mich sofort zu benachrichtigen.
Mit kollegialischem Gruss

Der Verstand des Centralverbandes deutscher Pädagogen.
J. B. G. Edlt.
Reut. Kreisbote 50, 3, 1885.

Correspondenzen

Magdeburg. Unter zahlreicher Beteiligung fand am 12. Juli eine außerordentliche Vereinsversammlung des leisigen Verbandszahlschles der Kornmacher statt. Bei Eröffnung der Versammlung erörterte der Vorsitzende, daß es ungünstiger als jemals sei, daß jeder Kollege dem Verbunde angehöre, damit jede Gewaltthätigkeit, die wir von Seiten der Meister zu erwarten haben, kraftlos retourt prelle. Jeder, der die Presse verfolgt, müsse gefunden haben, wie aus den Lohnkämpfen allmälig der erbitterteste Klassenkampf geworden sei, indem die Arbeitgeber den Arbeiter nicht mehr als ihren gleichberechtigten Mitmenschen betrachten.

werden, indem die Arbeitgeber den Arbeitern nicht
mehr als ihren gleichberechtigten Mitspielern bepreden.

sondern ihn durch Vernichtung seiner stadtbürglerischen Rechte zu einer Art modernem Sklaven erniedrigen wollen. Petress' der Lage der Heilnarkelter wurde beschlossen, diesen Punkt nicht weiter zu erörtern, sondern die Schönecker Kollegen zur nächsten Versammlung, welche Sonnabend, den 19. Juli, stattfindet, einzuladen, um mit ihnen Land in Hand zu geben. Nachdem wurde beschlossen, einen Ball zu veranstalten, wozu eine Kommission von uns Mann gewählt wurde. Künftig soll jeden Sonnabend nach dem ersten eine öffentliche und jeden Sonnabend nach dem fünfzehnten eines jeden Monats eine Vereinsversammlung in Bredens' Palais stattfinden. Zu beachten ist noch, daß über die Werktäte des Herrn Sievers, Tischlerbrücke Nr. 26, die Spette verhängt werden wegen Nichtbereiligung des Lohnarzts. Herr Sievers, welcher unseres Wissens als eine gerechte Sache anerkannt und bereits den geforderten Lohn bezahlte, ist dezen Stand geworden. Nachdem er einen Gesellen, James Heinrich Meier, welcher ebenfalls mitstreitete, und auch Streitgelder bezogen hat, jetzt in Arbeit genommen, der sich gefügt, erklärt Herr Sievers, den Lohnarzt nicht zu bereilligen. Auch wird die Spette noch

Magdeburg. Unterzeichnete fühlen sich veranlaßt, den letzten Bericht von hier folgendes zu erwidern: S. Wolff und A. Gläser wird behauptet, in Nr. 25 „Vereinsblatt“ wären falsche Thatsachen angeführt, ist nicht wahr. Betreffs S. Wolff erwidern wir, der Antrag schon vor der Versammlung geschrieben war, und nicht nur allein aus dem Grunde, weil es heißt, weil er gegen gewisse Anträge gesprochen habe, sondern hauptsächlich deshalb, weil er sich der Herrschaft betreffs Gläser schuldig gemacht hat. Der Antrag fiel, da sich Mehrere der Abstimmung enthielten; sie sind wir aber der Überzeugung, daß Wolff mit der Majorität aufgeschlossen würde. Sollte derjelbe Abstimmung haben, sich nochmals im Blatte reinzuwandten, es ihm in der Versammlung nicht mehr gelingen, so werden wir auch den Antrag auf Abschluß näher behandeln. Betreffs Gläser heißt es, er habe sein Amt willig niedergelegt. Drei Tage vor dem wurde in öffentlicher Vorbmachersversammlung gegen eine Stimme Antrag angenommen, Gläser von jedem Vertreter...

ten zu entheben, da er das Vertrauen der Kollegen missbraucht habe. Oldier ist als Schriftführer gegangen, tatsächlich aber gegangen worden. Besser wäre es, wenn zur Vorstands- oder Kommissionssitzung erscheinen würde, wozu er oft genug eingeladen worden ist, um seine Rechte gut zu machen, als in der Zeitung legen, die nur ihre Täglichkeit gehabt, anzugekreisen. Demen Schriftführer wurde über den angeblichen Fall vor

Geesthacht. Am 5. d. M. fand unsere monatliche

gliederversammlung statt. Es war ein Antrag ge-
t., die dem Verband noch fernstehenden Kollegen noch
sichtlich zum Beitreitt aufzufordern. Der Antrag
wurde abgelehnt. Dann wurde mit allen gegen drei
Minuten beschlossen, eine Wohnförderung von 1 % zu
setzen und zur weiteren Reichshöflichkeit hierüber am
folgenden Donnerstag eine Extraversammlung einzuber-
ringen. Beim dritten Gegenstand nimmt die Versammlung
einstimmig an, daß verstorbene Mitglieder einen
Scheck eine Extrafeuer zu bezahlenden Staus, sowie das
Gleite durch die Zahlstelle erhalten lassen.

In der oben angeführten Extraterplaudierung, am 21. Juli, wurde zunächst mitgetheilt, daß die Meister Lehnerförderung nicht bewilligen wollen. Da wir in

1 Sitzt jetzt nicht eintreten können, weil durch die
Sperre der Glasmacher eine große Anzahl dem
Handwerke angehörende Stoffmacher arbeitslos ge-
wesen ist, so müssen wir die Gesetzgebung unterst-
ützung aus einem glücklichen Zeitpunkt vertreten.
Kochsiedt. Wenn wir von den hiesigen Lohn- und
Arbeitsverhältnissen der Fischkörb-Branche etwas berichten,
ist das leider zur Zeit nichts Gutes, jedoch halten
es für unsere Pflicht, die Namen derjenigen Kollegen
Arbeitgeber der Öffentlichkeit zu übergeben, welche
Lohn- und Arbeitsbedingungen ihnen nicht be-
zubare Schaden zufügen, und soweit es die Kollegen
sind, der Solidarität gerade in ihr Wege schlagen,

Verband deutscher Fachmacher

Au die Körbchen der Deutschlands.

Der Kampf des Unternehmertums gegen das Betriebsrecht der Arbeiter hat sich jetzt auch auf unverdiente mit erüttelte Kollegen der Fahlstelle Geest. Es ist ebenfalls ein Revers zur Winterschrift vorgelegt, durch den sie ihren Austritt aus dem Verband fordern sollen, andernfalls sie am 2. August aus dem Betrieb entlassen werden. Gleichzeitig haben sich die zu Meister bei M. 100 Konventionalstrafe verpflichtet, zum 1. Januar nächsten Jahres obige Forderung nicht zu erhalten. Derjenigen Meistern, die sich an Berichtigung gegen die Arbeiter nicht mitbeteiligt, deutet worden, daß sie ihre Störthe nicht los werden, sie Leute beschäftigen, die unserem Verband angehören. Diese Meister haben nun ihren Gesellen zwar kevers nicht vorgelegt, wohl aber erklärt, daß sie sich ihre Arbeiten allein machen wollten. Die beiden Kollegen werden also auch arbeitslos.

Beide illustriert gemacht und wird es nicht lange dauern,

Die Generalversammlung soll am 12. Januar stattfinden. Der Vorstand hat die Anwesenheit von den Kassenstelle und dem Generalversammlungskreis zu fordern.

Briefstücken der Redaktion.

Magdeburg, 2. I. Wie können nicht wissen, was bei Ihnen dort berufene oder unberufene Seite ist? Der vorige Bericht ist uns durch Ihren Verbandsvorstand überreicht worden.

Dresden, 3. II. Sie fragen: „Werdegärt es sich mit den Bestrebungen unserer Organisation, den Arbeitsnachweis nach der Herberge zur Heimath zu verlegen, wie das laut Antrag in Nr. 12 dieses Blattes von der Verbandszahlstelle Hagen i. W. geschehen?“ Wir haben als wir das betreffende Hagen'sche Interat erhielten, auch mit dem Kopie geschaut, indem wir uns sagten, ja die Hagen'sche Herberge zur Heimath nicht aus ihrer Art gehalten, dann haben die dortigen Kollegen ihren Arbeitsnachweis jährlisch vorgelegt. Die sogenannten christlichen Herbergen oder „Herbergen zur Heimath“ wie sie sich nennen, haben in erster Linie den Vorrang, einerseits die reisenden Handwerker und Arbeiter dem Mutterland anzuhören oder zu erhalten und andererseits dem Mutterland selbst bittige Gelegenheit zu geben, sich als Wohltäter der Menschheit aufzuzeigen, während doch der Kaufmännischen, wie bei allen Unternehmungen des Pfaffen- und Mutterlandes, so auch hier, erst in letzter Linie in Betracht kommt. Diese Herbergen irgendwie zu unterstützen, heißt deshalb in den älteren Fällen gegen die Interessen der klassenbewußten Arbeiterschaft handeln. Zu welchem anderen Zweck haben denn die gewerkschaftlichen Arbeitersorganisationen und darunter auch der Deutsche Tischlerverband die Errichtung eigener Verleihshäuser und Herbergen in die Hand genommen, als um die reisenden Kollegen der Muttergesellschaft nicht in die Hände fallen und von dieser womöglich als Streitbrecher gebraucht zu lassen? Denn Streitbrecher anzukennen bildet noch mit eine Hauptaufgabe der „christlichen“ Penne. Ob in Hagen die Dinge anders liegen, wissen wir nicht, es ist aber anzunehmen, da die dortigen Kollegen ihren Arbeitsnachweis nach der „Heimath“ verlegt haben.

Kassel und Osnabrück. In nächster Nummer.

Briefstücken der Expedition.

Kassel a. N., Verwaltungsstelle. Sie senden mir 1 für Pflichtexemplar, beziehen jedoch vom 1. Oktober durch die Post, da liegt wohl Verhältnis vor. Gebeten Nachricht.

Heldengesell, Verwaltungsstelle. Soll wohl für das I. und II., nicht aber für das III. und IV. Quartal sein.

Kauenburg und Lichtenhain, Verwaltungsstellen. Für das Pflichtexemplar haben Sie uns M. 0.70 zu entrichten, oder wollen Sie, daß wir Ihnen lediglich nur 0.10 in das I. und II. Quartal zuladen sollen?

Niedererlenbach, Verwaltungsstelle. M. 2.20 genügt nicht für ein Jahr, es fehlen noch M. 0.60, dann ist bis zu Ende des II. Quartals berechnigt.

Göttinge, 3. Vopp. Daß Interate, Arbeitsvermittelung betrifft, kosten pro Zeile nur M. 0.10.

Osnabrück, 3. M. Sie bitten um Auslieferung eines Pflichtexemplars; Sie nehmen gewiss an, daß solche andere sind, wie die übrigen Zeitungen; gewiß nicht, es sind deshalb Pflichtexemplare oder werden solche genannt, weil die Verwaltungsbürokraten der Zahlstellen der Kaufkasse nach § 27 des Statuts v. r. p. 1871 hielten sind, solche für die Verwaltung der Kasse zu halten und auch von den 5 p. für Volatausgaben zu bezahlen haben.

Stade, 2. P. Geben Sie jedoch doch an S. D. ob.

Duisburg, 3. P. Liegt nicht an uns, fragen Sie auf der Post nach.

Hildesheim, 3. A. Je früher Sie uns die Abonnementsbezüge einenden, desto besser für Sie. Wenigstens sind Sie dann der Möglichkeit entzogen, mal unverhofft keine Zeitung von hier zu bekommen.

Dresden, 3. B. Die Zeitung war bereits gebracht, wie Ihr Brief auffaßt, also zu spät. Das Gewünschte in benötigter Rücksicht.

Eppendorfshausen, Verwaltungsstelle. Schon im Mai haben Sie doch die Leitung durch.

Wernigerode, 3. B. Wir werden erst noch abwarten, wie es mit S. B. wird, wenn es sich nicht mit uns zu weiterer Zukunftsbereinigung absindet, soll die Veröffentlichung erfolgen.

Gelsenkirchen, 3. P. Frage 1: M. 1, 2: pro

Rohgang M. 1.50.

Coblenz, 3. B. Ja!

Quittierung.

Für die streikenden und ausgepriesenen Hamburger Arbeiter

finden noch weitere bei uns eingegangen:

Aus dem 4. 5. und 6. Sachsenischen Reichstag.

Wahlkreis (2. Note) M. 1000.—

Hildesheim u. Mitglieder des Deutschen Tischlerverbandes 15.02

Regensburg von desgl. 7

Summe M. 1022.02

Hierzu erledigen die Ewerjahrer M. 200, die Unterhaltungs-Kommission 822.62.

Außerdem wird auch hierfür im Namen der betriebsverfügungsbefreiten hiesigen Gewerkschaften den Gewerbetreibenden, bitten wir nochmals, etwaige weitere Gelder direkt an die Empfangsstelle der Kommission: Redaktion des „Hamburger Echo“, Große Theaterstraße 44, senden zu wollen.

Die Redaktion der „Neuen Tischler-Zeitung“.

Schlussprotokoll

der

Ersten Generalversammlung

der

Zentral-Kranken- und Sterbelosse aller Arbeiter Deutschlands (E. G. Nr. 88).

Die den 12. Januar dieses Jahres verlegte Generalversammlung wird durch den ersten Vorstand der Kasse, Herrn Stubbe, am 20. Juli, Mittags 1 Uhr, im Vereins- und Gesellschaftshaus, A. G. (vormals Tintge's Stabilißment), Hamburg, wieder eröffnet.

Das Vorlesen der Präsentation ergibt die Anwesenheit von 22 Delegierten. Es fehlt der Delegierte Lütgens, Hamburg II. Delegierter Rothow wurde in der Zwischenzeit aus der Kasse ausgestoßen. Die Geschäftsausordnung bleibt dieselbe wie am 12. Januar. Der Vorstand macht bekannt, daß Vorstand und Ausschuß sich geeinigt, da nach gegenwärtiger Lage der Kassenverhältnisse eine längere Verlegung der Generalversammlung als nicht mehr erforderlich erscheine, die sie heute zu schließen.

In dem vom Hauptstaatsanwalt Specht ausgegebenen Kasenbericht wird nachgewiesen, daß die Kasse durch die Zustimmung und deren Folgen schwer zu leiden habe. So berug die Mehrheitsstimme des ersten Quartals laut Abrechnung M. 6146.16 und waren, um den Ausforderungen verschiedener Zahlstellen befreit, Zuschüsse zu

ausgetragen, im Januar M. 2000, im Februar M. 1000 und im März M. 200 teilweise aufgenommen worden. Wenn die Generalversammlung am 12. Januar von der Bevollmächtigung der beiden Extrabürokratie würde abgesehen haben, hätte die Kasse mithin mit Unterblitz arbeiten müssen.

Vom ersten Quartal ist ein Bestand von M. 224.34 in der Hauptkasse verblieben. Die Vorratnahmen betrug mit einem Bestand im Monat April M. 2194.20. Dem folgte eine Ausgabe von M. 1926.88 gegenüber, blieb mithin ein Bestand von M. 267.32. Dieser und die Vorratnahme des Monat Mai ergaben M. 2150.39. Die Ausgaben im Mai beliefen sich auf M. 2126.14, blieb Bestand M. 24.25. Besser habe sich der Juni gehalten. Derzeit habe mit dem Bestande vom Mai eine Vorratnahme von M. 2167.57 ergeben. Die Ausgaben haben sich auf M. 2155.86 belastet und ist mithin ein Überbuch von M. 1125.96 erzielt und von den geliehenen M. 1500 M. 1000 retour gezahlt worden. Bis zum 20. Juli ergab sich mit dem Bestande des Juni eine Vorratnahme von M. 1579.86 und eine Ausgabe von M. 783.92. Zur Zeit sei ein Vorrat bestand von M. 795.20 vorhanden. Es erscheine deshalb wahrscheinlich, daß, wenn nicht unverzüglich eine Ereignis eintrete, die Kasse lebensfähig bleiben würde, ohne Extrabürokratie zu erheben oder die Beiträge zu erhöhen resp. das Rentenamt heranzuziehen.

Aus diesem Grunde sei vom Vorstand, unter Zustimmung des Ausschusses, beschlossen worden, die vertragte Generalversammlung zu schließen und die Generalversammlung diesem Antrage ihre Zustimmung.

Der Kassier geht noch hervor, daß von der Kassenbehörde für Krankenversicherung an den Vorstand eine Mitteilung gelangte, in welcher besagt sei, daß logische Extrabürokratie, welche nicht statutarisch festgesetzt ist, in Zukunft nicht mehr erhoben werden könnten. Es gelangten nachdem ein Brief des Berliner Verwaltungsstellen und ein solcher der Verwaltungsstelle Hamburg I, in welchen angefragt wird, ob es notwendig sei, daß der erste Vorstande dauernd auf dem Bureau beschäftigt werde, zur Verlesung. Es entstandt sich hierüber eine lebhafte Debatte. Der Vorstande gibt einen Bericht über die seither erledigten Arbeiten. (Herr Völgens erscheint um 2 Uhr.)

Da von den Mitgliedern des Ausschusses und Vorstandes eine Erklärung verlangt wird, aus welchem Grunde der erste Vorstande fünf Monate auf dem Bureau verblieben, wird von dieser Seite darauf hingewiesen, daß in der ersten Zeit des Bestehens der Kasse die Arbeiten sich angehäuft, und als deshalb der Kassier um Beihilfe nachgefragt, diese ihm hätte geworben müssen. Es sei schwer, über die zu leistenden Arbeiten ein Urtheil abzugeben und sei dies Ehrensache des Hauptkassierers.

Verchieden Redner ziehen Vergleiche mit der Zentral-Kranken- und Sterbelosse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, während Andere wieder auf die ungleichartigen Verhältnisse beider Kassen hinweisen.

Der Hauptkassierer Stethmann, besagt, in wie weit er die Büroarbeiten allein erledigen kann, erklärt, daß dieses zu beantworten ihm nicht möglich sei, er könne im Werktag vielleicht 14 Tage oder vier Wochen oder zwei Monate die Güte entbehren, doch sei es ihm unmöglich, etwas bestimmtes hierüber zu sagen.

Der Hauptkassierer Stethmann, besagt, in wie weit er die Büroarbeiten allein erledigen kann, erklärt, daß dieses zu beantworten ihm nicht möglich sei, er könne im Werktag vielleicht 14 Tage oder vier Wochen oder zwei Monate die Güte entbehren, doch sei es ihm unmöglich, etwas bestimmtes hierüber zu sagen.

Delegierter Gramm beantragt: der erste Vorstande soll die Korrespondenz und den Materialversand der Kasse übernehmen und hierfür eine Entschädigung von monatlich M. 25 erhalten.

Delegierter Bieggen beantragt, daß das Gehalt für die leistende Arbeit analog dem Antrage Gramm nach Aufführung des ersten Vorstanden vom Vorstand monatlich festzulegen sei.

Nachdem eine längere Debatte über die Anträge stattgefunden, beantragt Delegierter Blume die nominelle Abstimmung über dieselben, was mit allen gegen drei Stimmen angenommen wird. Es erfolgt die nominelle Abstimmung über den ersten Theil des Antrages Gramm, wonach der erste Vorstande die Korrespondenz und den Materialversand der Kasse übernehmen soll, und wird der selbe mit 23 Stimmen angenommen.

Betrifft der zu zahlenden Entschädigung für den ersten Vorstande liegt noch ein Antrag Bieggens auf Beschlagnahme von M. 30 monatlich vor.

Der Antrag Bieggen wird mit 21 gegen 2, der Antrag Bieggen mit 14 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Angenommen wird der Antrag Gramm (pro Monat M. 25) mit 22 gegen 1 Stimme.

Delegierter Bieggen beantragt, daß neue Verhältnisse vom 1. August an eintreten zu lassen. Es wird dies angenommen.

Delegierter Doose beantragt, den Mitgliedern Röste und Schmidt in Berlin für die Ausserungen, welche die Kasse vorstellt über die Geschäftsführung der Kasse gemacht haben, eine Abzeige zu erhalten, da es sich ergibt, daß beide bei ihrer Aussicht hierzu von den Kassenbehörden gar keine Einsicht genommen. Die Abstimmung ergibt die Majorität für den Antrag.

Delegierter Bieggen fragt an, ob das Protokoll wieder in der „Neuen Tischler-Zeitung“ veröffentlicht werde, was mit Hinweis auf den Wechsel des 12. Januar, es in gefüllter Fassung zu veröffentlichen, besichtigt wird.

Angenommen wird noch ein Antrag Bötel, wonach jedem Delegierten eine Entschädigung von M. 1 anstatt der statutarisch festgelegten Drittan teile gezahlt wird.

Nach Verlesung, Richtigstellung und Genehmigung des Protokolls und nach einem dreimaligen Hoch auf die Kasse schließt der Vorstande mit einem Dankeswort an die Delegierten die erste Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbelosse aller Arbeiter Deutschlands um 5^o Uhr nachmittags.

Die Delegirten fragen an, ob das Protokoll wieder in der „Neuen Tischler-Zeitung“ veröffentlicht werde, was mit Hinweis auf den Wechsel des 12. Januar, es in gefüllter Fassung zu veröffentlichen, besichtigt wird.

Angenommen wird noch ein Antrag Bötel, wonach jedem Delegierten eine Entschädigung von M. 1 anstatt der statutarisch festgelegten Drittan teile gezahlt wird.

Nach Verlesung, Richtigstellung und Genehmigung des Protokolls und nach einem dreimaligen Hoch auf die Kasse schließt der Vorstande mit einem Dankeswort an die Delegierten die erste Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbelosse aller Arbeiter Deutschlands um 5^o Uhr nachmittags.

Die Delegirten fragen an, ob das Protokoll wieder in der „Neuen Tischler-Zeitung“ veröffentlicht werde, was mit Hinweis auf den Wechsel des 12. Januar, es in gefüllter Fassung zu veröffentlichen, besichtigt wird.

Angenommen wird noch ein Antrag Bötel, wonach jedem Delegierten eine Entschädigung von M. 1 anstatt der statutarisch festgelegten Drittan teile gezahlt wird.

Nach Verlesung, Richtigstellung und Genehmigung des Protokolls und nach einem dreimaligen Hoch auf die Kasse schließt der Vorstande mit einem Dankeswort an die Delegierten die erste Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbelosse aller Arbeiter Deutschlands um 5^o Uhr nachmittags.

Die Delegirten fragen an, ob das Protokoll wieder in der „Neuen Tischler-Zeitung“ veröffentlicht werde, was mit Hinweis auf den Wechsel des 12. Januar, es in gefüllter Fassung zu veröffentlichen, besichtigt wird.

Angenommen wird noch ein Antrag Bötel, wonach jedem Delegierten eine Entschädigung von M. 1 anstatt der statutarisch festgelegten Drittan teile gezahlt wird.

Nach Verlesung, Richtigstellung und Genehmigung des Protokolls und nach einem dreimaligen Hoch auf die Kasse schließt der Vorstande mit einem Dankeswort an die Delegierten die erste Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbelosse aller Arbeiter Deutschlands um 5^o Uhr nachmittags.

Die Delegirten fragen an, ob das Protokoll wieder in der „Neuen Tischler-Zeitung“ veröffentlicht werde, was mit Hinweis auf den Wechsel des 12. Januar, es in gefüllter Fassung zu veröffentlichen, besichtigt wird.

Angenommen wird noch ein Antrag Bötel, wonach jedem Delegierten eine Entschädigung von M. 1 anstatt der statutarisch festgelegten Drittan teile gezahlt wird.

Nach Verlesung, Richtigstellung und Genehmigung des Protokolls und nach einem dreimaligen Hoch auf die Kasse schließt der Vorstande mit einem Dankeswort an die Delegierten die erste Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbelosse aller Arbeiter Deutschlands um 5^o Uhr nachmittags.

Die Delegirten fragen an, ob das Protokoll wieder in der „Neuen Tischler-Zeitung“ veröffentlicht werde, was mit Hinweis auf den Wechsel des 12. Januar, es in gefüllter Fassung zu veröffentlichen, besichtigt wird.

Angenommen wird noch ein Antrag Bötel, wonach jedem Delegierten eine Entschädigung von M. 1 anstatt der statutarisch festgelegten Drittan teile gezahlt wird.

Nach Verlesung, Richtigstellung und Genehmigung des Protokolls und nach einem dreimaligen Hoch auf die Kasse schließt der Vorstande mit einem Dankeswort an die Delegierten die erste Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbelosse aller Arbeiter Deutschlands um 5^o Uhr nachmittags.

Die Delegirten fragen an, ob das Protokoll wieder in der „Neuen Tischler-Zeitung“ veröffentlicht werde, was mit Hinweis auf den Wechsel des 12. Januar, es in gefüllter Fassung zu veröffentlichen, besichtigt wird.

Angenommen wird noch ein Antrag Bötel, wonach jedem Delegierten eine Entschädigung von M. 1 anstatt der statutarisch festgelegten Drittan teile gezahlt wird.

Nach Verlesung, Richtigstellung und Genehmigung des Protokolls und nach einem dreimaligen Hoch auf die Kasse schließt der Vorstande mit einem Dankeswort an die Delegierten die erste Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbelosse aller Arbeiter Deutschlands um 5^o Uhr nachmittags.

Die Delegirten fragen an, ob das Protokoll wieder in der „Neuen Tischler-Zeitung“ veröffentlicht werde, was mit Hinweis auf den Wechsel des 12. Januar, es in gefüllter Fassung zu veröffentlichen, besichtigt wird.

Angenommen wird noch ein Antrag Bötel, wonach jedem Delegierten eine Entschädigung von M. 1 anstatt der statutarisch festgelegten Drittan teile gezahlt wird.

Nach Verlesung, Richtigstellung und Genehmigung des Protokolls und nach einem dreimaligen Hoch auf die Kasse schließt der Vorstande mit einem Dankeswort an die Delegierten die erste Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbelosse aller Arbeiter Deutschlands um 5^o Uhr nachmittags.

Die Delegirten fragen an, ob das Protokoll wieder in der „Neuen Tischler-Zeitung“ veröffentlicht werde, was mit Hinweis auf den Wechsel des 12. Januar, es in gefüllter Fassung zu veröffentlichen, besichtigt wird.

Angenommen wird noch ein Antrag Bötel, wonach jedem Delegierten eine Entschädigung von M. 1 anstatt der statutarisch festgelegten Drittan teile gezahlt wird.

Nach Verlesung, Richtigstellung und Genehmigung des Protokolls und nach einem dreimaligen Hoch auf die Kasse schließt der Vorstande mit einem Dankeswort an die Delegierten die erste Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbelosse aller Arbeiter Deutschlands um 5